

50 Jahre Ökumenische Kampagne Brot für alle und Fastenopfer

Autor(en): **Holenstein, Anne-Marie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **114 (2020)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-913661>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

50 Jahre Ökumenische Kampagne Brot für alle und Fastenopfer

Anne-Marie Holenstein

Brot für alle und Fastenopfer lancierten 2019 ihre fünfzigste Ökumenische Kampagne. Sie ist ein prägender Faktor des entwicklungspolitischen Diskurses und Handelns in der Schweiz. Gleichzeitig ist sie als gelebte Ökumene auch ein tragendes Element kirchlichen Lebens in der Schweiz und in weltweiten Partnerschaften.

Die Ökumenische Kampagne ist in den letzten fünfzig Jahren zu einer Institution geworden, die in der westeuropäischen Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit einzigartig ist. Ich habe diese fünfzig Jahre in unterschiedlichen Rollen miterlebt und versuche hier als Zeitzeugin, wichtige Etappen zu skizzieren, die gleichzeitig Etappen meiner persönlichen Geschichte sind: Ich war Gründungsmitglied der Erklärung von Bern (heute: Public Eye), Journalistin bei Radio DRS und Direktorin des Fastenopfers.

Seit seiner Gründung anfangs der 1960er Jahre prägte das Fastenopfer die Fastenzeit mit einer Neuinterpretation der Busse als persönliche Umkehr. Zu den Fastenkampagnen 1967 bis 1969 schrieb ich jeweils ganzseitige Artikel für die *Christliche Kultur* der *Neuen Zürcher Nachrichten*, eine katholische Tageszeitung. Mich interessierten damals vor allem die Impulse für die religiöse Kindererziehung und die Gestaltung der Fastenzeit in Familie und Religionsunterricht. 1969 bahnte sich mit dem Kampagnenthema «Frieden – nicht ohne mich» offenbar eine Öffnung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung an. Mein Beitrag dazu erschien am 1. März 1969; genau an dem Tag, an dem im improvisierten Büro in unserer Dreizimmerwohnung meine Tätigkeit für die Erklärung von Bern und damit mein entwicklungspolitisches Lernen begann.

Anfänge ökumenischer Zusammenarbeit

Fast gleichzeitig wie das Fastenopfer war 1961 auch die reformierte Hilfsaktion Brot für Brüder entstanden. Die Kontaktaufnahme mit dem Fastenopfer war im damaligen interkonfessionellen Klima ein wichtiger ökumenischer Schritt. Pfarrer Franz Baumann, der erste Präsident von Brot für Brüder, gab zu, eine protestantische Delegation sei erst nach langen Beratungen nach Luzern zum Fastenopfer gekommen. Sie sei aber sehr freundlich aufgenommen worden. «Wir haben hier ein katholisches Laientum getroffen, das uns beeindruckt hat. Viele von uns haben aus der Begegnung mit ihnen ein völlig neues Verhältnis gefunden.»

Es dauerte aber noch acht Jahre, bis die Werke zu einer gemeinsamen Kampagne zusammenfanden. Nicht erstaunlich angesichts der unterschiedlichen theologischen Traditionen! Die Gründung von Brot für Brüder war durch die Konferenzen des Ökumenischen Rates der Kirchen in den sechzig Jahren und den religiösen Sozialismus (Leonhard Ragaz) inspiriert, die die sozialetische Weltverantwortung der Kirchen betonten. Das Fastenopfer hingegen verdankte seine Entstehung dem Wandel des Missionsverständnisses in den 1950er Jahren, der Erneuerung der Fastenzeit als *persönliche* Metanoia (Busse und Umkehr) und den Impulsen des Zweiten Vatikanischen Konzils.

Erste gemeinsame Informationskampagne

Die sozialetisch inspirierten Gründerväter der Erklärung von Bern hatten die ersten tausend

Die Ökumenische Kampagne zoomt mit der Lupe auf brandaktuelle Themen

Unterschriften in ihrem reformierten Umfeld gesammelt und ihr Manifest anfangs 1969 veröffentlicht. Ich war in ökumenischen Kreisen aktiv und nahm den Auftrag an, die Unterschriftensammlung im katholischen Milieu zu organisieren.

Im gleichen Jahr planten Brot für Brüder und Fastenopfer zusammen mit Swissaid eine erste gemeinsame Informationskampagne. Mit provokativen Slogans wie «Niemand hungert, weil wir zuviel essen. Sondern weil wir zu wenig denken» wollten die Hilfswerke sensibilisieren und hinterfragen. Darum beschlossen sie, die entwicklungspolitischen Forderungen der Erklärung von Bern in die Kampagne zu integrieren. Ich vermute, dass beim Fastenopfer Meinrad Hengartner leer geschluckt hat, denn die Erklärung von Bern war den CVP-nahen Kreisen im Umfeld des Fastenopfers zu linkslastig.

Mit ihrer Kampagne machten die konfessionellen Werke entscheidende Schritte von der karitativen Hilfe «an die Unterentwickelten» zum entwicklungspolitischen Engagement. Kurz danach luden 1970 die Landeskirchen zur «Konferenz Schweiz Dritte Welt» ins Bundeshaus ein. Waffenausfuhr, Uno-Beitritt und Apartheid waren heiss umstrittene Themen

zwischen den Delegationen der Wirtschaft, der Gewerkschaften und der Jugendfraktion. Das Ergebnis war ein kohärenter Forderungskatalog an die schweizerische Entwicklungspolitik. Eine Konsequenz war die Gründung der heutigen Alliance Sud durch Brot für Brüder, Fastenopfer, Helvetas und Swissaid.

1970er Jahre: Praxis der Entwicklungspolitik

Fortan verstärkten Brot für Brüder und Fastenopfer ihre gemeinsame Informationsarbeit. Ab 1970 erschien der Abreisskalender *40 Tage Gottes Wort*. Ab 1973 kam die *Agenda* hinzu, die in allen Landessprachen zu Hunderttausenden in die Haushaltungen der Schweiz verteilt wurde. Es war jeweils eine geballte Ladung an Informationen und Sprüchen, die auch Proteste provozierten: «Ihr geht mit der Erde um, als hättet ihr eine zweite im Keller.» In den folgenden Jahren ergänzten Unterrichteinheiten sowie Unterlagen für Liturgie und Gottesdienste die Informationsarbeit.

Wichtige Impulse kamen von der Theologie der Befreiung. Die Bewegung war seit 1960 in brasilianischen Basisgemeinden entstanden, in

denen die Gemeindemitglieder das Evangelium als soziale und politische Befreiungsbotschaft für die Armen auslegten. Sie führte 1968 mit dem Leitbegriff «Option für die Armen» zur offiziellen Parteinarbeit für entwicklungspolitische Veränderungen durch die lateinamerikanischen Bischofkonferenz (CELAM).

In den folgenden Jahrzehnten verstärkten der Theologe Gustavo Gutiérrez, Erzbischof Dom Hélder Câmara, Kardinal Evaristo Arns, Bischof Samuel Ruiz und Erwin Kräutler, Sr. Mary Joan Manzanan oder Albert Nolan unter anderem als gemeinsame Gäste von Fastenopfer und Brot für Brüder auch in der Schweiz die Forderungen nach sozialem Engagement der Kirchen. Ein Beispiel für die Breitenwirkung ist die Broschüre *Stimme der stummen Welt* mit Texten von Dom Hélder Câmara, die 1971 durch Brot für Brüder und Fastenopfer in einer Auflage von 130 000 Exemplaren verbreitet wurde.

Konsequenterweise konnten die Träger der ökumenischen Kampagne vor politischen Stellungnahmen nicht mehr ausweichen. Zum Beispiel im Abstimmungskampf für ein Waffenausfuhrverbot im Jahr 1972, der zu einer Links-Rechts-Polarisierung auch in kirchlichen Kreisen führte. Das Fastenopfer hielt sich zurück; Brot für Brüder und der Evangelische Missionsrat nahmen mit einem Informationsprospekt für ein Waffenausfuhrverbot Stellung, was ihnen ein Strafverfahren wegen versuchter Veruntreuung von Spendengeldern eintrug.

Im internationalen Diskurs der siebziger Jahre wurden die lateinamerikanischen Dependenztheorien ein wichtiges Analysetool. Die Friedensforscher Johan Galtung und Dieter Senghaas basierten darauf ihr Konzept der strukturellen Gewalt. Rudolf H. Strahm gelang es mit seinem «Tabellenbuch» (*Überentwicklung – Unterentwicklung*, 1975), das in der deutschen Fassung in 130 000 Exemplaren Verbreitung fand, diese Theorien zu popularisieren und in die Auseinandersetzungen um das Entwicklungsgesetz einzubringen.

Im Ringen um dieses Gesetz gründete die Erklärung von Bern mit den Entwicklungsorganisationen erstmals eine gemeinsame Plattform. Es gelang schliesslich, im Sinn der Option für die Armen der Befreiungstheologie, Armutsbekämpfung als wichtigstes Ziel durchzusetzen. (Das Ringen um die Ziele der schweizerischen Entwicklungspolitik erlebt unter Aussenminister Cassis derzeit eine neue Auflage.)

Die 1970er Jahre waren gleichzeitig das Jahrzehnt der Basisbewegungen mit den Bananenfrauen, Kaffee Ujamaa und «Jute statt Plastik» der Erklärung von Bern, die zu fairem,

umweltgerechtem und bewusstem Konsum aufriefen. Mit ihrer Mitträgerschaft leisteten Brot für Brüder und Fastenopfer einen entscheidenden Beitrag für die Bewusstseinsbildung in breiten Kreisen, für die Institutionalisierung des Fairen Handels in der Weltladenbewegung und die Gründung der Importfirma OS3 (heute claro). Ihre Beteiligung an der Labelorganisation Max Havelaar verhalf in den 1990er Jahren der Fair-Trade-Bewegung zum Durchbruch bei den Grossverteilern.

1980er Jahre: Metanoia als Auftrag

In den 1980er Jahren wurde die Entwicklungspolitik zu einem Kampffeld im Kalten Krieg. Bürgerlich-konservative Kreise griffen die Entwicklungsorganisationen und insbesondere auch die kirchlichen Hilfswerke wegen ihren politischen Stellungnahmen an, während linkspolitische Bewegungen ihnen mangelnden Mut bei der Benennung und Kritik von Ursachen der Unterentwicklung vorwarfen.

In diesem polarisierten Umfeld veranstalteten achtzig Organisationen der Dritte-Welt-Bewegung im Mai 1981 das Symposium «Entwicklung heisst Befreiung» mit 3000 Teilnehmenden. Kritik und Forderungen fanden ihren Niederschlag im *Entwicklungspolitischen Manifest für die 80er Jahre*.

Im Gegensatz zur Konferenz von 1970 waren die Kirchen und ihre Behörden nun die grossen Abwesenden. Auch die Hilfswerke trugen das Symposium offiziell nicht mit, nicht zuletzt auch aus Rücksicht auf ihre politisch heterogene Spender*innenbasis.

Brot für Brüder und Fastenopfer führten jedoch eigenständig ihre politische Tätigkeit weiter. Im Sinne der Befreiungstheologie sollte sich die Metanoia als Aufforderung zu Busse und Umkehr auch im politischen Handeln durch die Veränderung lebensfeindlicher, entwicklungshemmender Strukturen manifestieren.

Mit dem Slogan «Frieden wagen» begaben sich 1981/1982 Brot für Brüder und Fastenopfer auf das Minenfeld der Friedenspolitik. Mitten im Kalten Krieg zitieren sie in der Agenda Aussagen der Bibel und der Kirchen über Frieden, Gewaltlosigkeit und gegen das Rüstungswettrennen. Militärkreise und verunsicherte Spender*innen fassten dies als Angriff auf das Schweizer Militär auf und reagierten mit Attacken und Spendenboykott gegen die beiden Werke.

1984 lösten der Slogan und die Plakate «Geld und Geist» im Umfeld der Bankeninitiative gegen Fluchtgelder scharfe Reaktionen der

Bankiervereinigung aus. Andere Kreise vermissten eine klare christliche Haltung und forderten eine eindeutige Parole. Dazu konnten sich die kirchlichen Hilfswerke nicht durchringen.

1982 gab der Bundesrat seine Absicht bekannt, das Budget für Entwicklungshilfe nicht mehr zu erhöhen. Hans Ott, Zentralsekretär von Brot für Brüder, lancierte dagegen sogleich ein Aktionskonzept. Beim Fastenopfer stiess er vorerst auf eine gewisse Skepsis. Die beiden Hilfswerke wurden dann aber erstmals in ihrer Geschichte gemeinsam Träger einer politischen Aktion. Sie konnten die drei Landeskirchen für ein kirchliches Memorandum gewinnen. Es war das erste derartige Dokument der höchsten kirchlichen Stellen zu einem gesamtschweizerischen Anliegen.

Die katholischen Bischöfe standen einer geplanten Petition vorerst sehr zurückhaltend gegenüber, während die evangelische Seite für eine «klare Verlautbarung der Kirchen» votierte und den Vorwurf der «Einmischung in die Politik» in Kauf nehmen wollte. Am 1. Februar 1983 wurde das Memorandum durch eine Delegation der Kirchenleitungen Bundespräsident Pierre Aubert übergeben.

Parallel dazu bildeten konfessionelle und säkulare Hilfswerke die Trägerschaft für die Lancierung der Petition «Entwicklungshilfe ist eine Überlebensfrage». In sieben Monaten gelang es, 206 000 Unterschriften zu sammeln. Die Dritte-Welt-Bewegung bewies damit, dass sie referendums- und initiativfähig geworden war. Der Erfolg mobilisierte auch die Gegnerschaft in rechtskonservativen kirchlichen Kreisen, die sich in «Kirche wohin» zusammenschlossen.

Manifest 2000: Basis für konsequentes Handeln

Zum 25-jährigen Jubiläum ihres Bestehens veröffentlichten Brot für Brüder und Fastenopfer 1986 das *Manifest 2000*. Es war das Ergebnis einer Geschichte theologischen und politischen Ringens um eine gemeinsame, tragfähige Basis.

Angesichts der Verschuldungskrise der ärmsten Länder, die weltweit zu einem kontroversen Politikfeld wurde, erteilten die beiden Werke 1986 Aufträge zu Studien, die in einer ersten Phase zu innerkirchlichen Auseinandersetzungen führten, um dann zur Grundlage der Petition «Entwicklung braucht Entschuldung» zu werden. Sie wurde 1989 von den grossen Hilfswerken lanciert und forderte im Hinblick auf das 700-Jahre-Jubiläum der Schweiz (1991) mit dem Gewicht von 260 000 Unterschriften vom Bund die Gründung eines Fonds von 700

Millionen Franken zur Entschuldung ärmster Länder. Mit Erfolg. Das Pionierprojekt, das Brot für Brüder und Fastenopfer angestossen hatten, fand 1998/1999 in der internationalen Jubilee-Kampagne eine globale Ausweitung. In Massendemonstrationen forderten kirchliche Organisationen, inspiriert vom biblischen Erlassjahr, aus Anlass des Millenniums einen umfassenden Schuldenerlass.

In den ökumenischen Kampagnen wurde die Verpflichtung zu politischen Strukturveränderungen jedes Jahr mit Einzelthemen konkretisiert. Nach der bereits erwähnten Gründung von Max Havelaar 1992 folgte 1999 im Bereich des Fairen Handels die Lancierung der «Clean Cloth Campaign Schweiz» durch Brot für alle, Fastenopfer und die Erklärung von Bern. Statt nur anzuprangern, sucht diese Kampagne, die bis heute von Public Eye weitergeführt wird, die Zusammenarbeit mit Unternehmen, die bereit sind, Firmenverantwortung zu übernehmen.

Konsequent zoomt die Ökumenische Kampagne bis in die Gegenwart mit dem Motiv der Lupe auf den jeweiligen Plakaten auf brandaktuelle Themen wie das Recht auf Nahrung, auf «schmutziges Gold» und Kinderarbeit, Verletzung der Menschenrechte durch Rohstoffkonzerne und Zerstörung der Lebensgrundlagen durch Landgrabbing.

2020: Konzern- verantwortungsinitiative

Nach der Verabschiedung der *Leitprinzipien für Unternehmen und Wirtschaft* durch den Menschenrechtsrat der Uno im Jahr 2011 wurde die Ökumenische Kampagne zu einem wichtigen Mitträger der Petition «Recht ohne Grenzen». Diese verlangte auf der Grundlage der Uno-Leitprinzipien für multinationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz verbindliche Bestimmungen betreffend Menschenrechte und Schutz der Umwelt. Das Ausweichen des Bundesrates führte zur Lancierung der Konzernverantwortungsinitiative, über die das Volk sehr wahrscheinlich 2020 abstimmen wird. Massgeblich beteiligt ist das Komitee «Kirche für KOVI», das in kirchlichen Kreisen breite Unterstützung erhält. Wohl nicht zuletzt dank fünfzig Jahren ökumenischer Kampagne. ●

- Anne-Marie Hostenstein, *1937, war erste leitende Sekretärin der Erklärung von Bern und Redaktorin bei Radio DRS. Von 1995 bis 2000 war sie Direktorin des Fastenopfers.